

EINTRETEN FÜR DIE
#TARIFWENDE

DGB

DGB-Tarifflicht-Bilanz 2025: Tarifflicht und Lohndumping verursachen enormen finanziellen Schaden

Das Wichtigste im Überblick



Tarifverträge bilden das Fundament der Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft und schaffen die Basis für faire Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne. Gerade in unsicheren Zeiten bieten sie Beschäftigten Sicherheit und Verlässlichkeit im Berufsalltag. Aktuell profitieren jedoch nur noch etwa die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland von tarifvertraglichen Regelungen. Das bedeutet für Millionen: Mit sinkender Tarifbindung verschlechtern sich ihre Arbeitsbedingungen und Einkommensperspektiven. Dass immer weniger Betriebe tarifgebunden sind, liegt nicht an einem unvermeidbaren Trend, sondern an politischen und strukturellen Veränderungen – etwa wandelnden Wirtschaftsstrukturen und neuen Beschäftigungsformen. Ein zentraler Treiber dieser Entwicklung ist jedoch die bewusste Tarifflicht vieler Arbeitgeber, die aktive Gegenmaßnahmen und politische Weichenstellungen notwendig macht.

Für unterwegs abspeichern:



Stark in Arbeit.

Teure Tariffucht für die Allgemeinheit

Menschen ohne Tarifvertrag haben geringere Gehälter. Geringere Einkommen bedeuten gleichzeitig immer weniger Einzahlungen in die Sozialversicherungen – also geringere Einnahmen bei der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung. Auch die Steuereinnahmen durch die Einkommensteuer fallen geringer aus. Mit unserer Tariffucht-Bilanz haben wir diese Kosten der Tariffucht berechnet.

Durch Tariffucht und Lohndumping entgehen den Sozialversicherungen in Deutschland jährlich rund 41 Milliarden Euro an Beiträgen. Bund, Länder und Kommunen nehmen aus demselben Grund circa 24 Milliarden Euro weniger Einkommensteuer ein. Die mangelnde Tarifbindung wirkt sich darüber hinaus unmittelbar auf die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aus: Mit einer flächendeckenden Tarifbindung hätten die Beschäftigten insgesamt rund 58 Milliarden Euro mehr pro Jahr im Portemonnaie.

Betrachtet über ganz Deutschland und über alle Branchen hinweg bedeutet das unter dem Strich, dass Beschäftigte, die keinen Tarifvertrag haben, jährlich 2.891 Euro netto weniger haben als Tarifbeschäftigte.

Addiert man alle Kosten zusammen, also die Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungen, dem Fiskus und im Geldbeutel der Beschäftigten, ergibt sich ein Schaden von 123 Milliarden Euro pro Jahr. Die gesamten Kosten der Tariffucht summieren sich im Osten auf 27 Milliarden Euro und im Westen auf 97 Milliarden Euro.

Den Beschäftigten im Osten entgehen jährlich knapp 13 Milliarden Euro netto an Kaufkraft. Pro Arbeitnehmer*in, die/der nicht zu einem Tarifvertrag arbeitet, macht dies ein jährliches Netto-Minus von 3.451 Euro aus.

Im Westen summiert sich der Nettoverlust gesamtwirtschaftlich auf mehr als 45 Milliarden Euro. Ohne Tarifschutz hat ein Beschäftigter oder eine Beschäftigte im Westen 2.765 Euro weniger in der Tasche.

Bilanz der Tarifflicht

| | alle Angaben in Millionen Euro pro Jahr | | | | Jährliches Netto-Plus pro nicht-tarifgebundenen Beschäftigten bei Tarifbindung in Euro |
|-------------------------------|---|-------------------------|-------------------------------------|---|--|
| | Mindereinnahmen Sozialversicherung | Mindereinnahmen Steuern | Netto-Plus Beschäftigte (Kaufkraft) | Gesamteffekt (Sozialversicherung + Steuern + Kaufkraft) | |
| Gesamtdeutschland | 41.372 | 24.237 | 57.847 | 123.456 | 2.891 |
| Ostdeutschland (inkl. Berlin) | 8.985 | 5.022 | 12.652 | 26.660 | 3.451 |
| Westdeutschland | 32.386 | 19.214 | 45.195 | 96.796 | 2.765 |
| Schleswig-Holstein | 1.283 | 712 | 1.815 | 3.810 | 2.729 |
| Hamburg | 986 | 693 | 1.538 | 3.217 | 2.492 |
| Niedersachsen | 4.405 | 2.558 | 6.116 | 13.079 | 3.455 |
| Bremen | 142 | 63 | 216 | 421 | 1.269 |
| Nordrhein-Westfalen | 8.031 | 4.653 | 11.160 | 23.844 | 2.706 |
| Hessen | 2.134 | 1.314 | 3.268 | 6.716 | 2.082 |
| Rheinland-Pfalz | 1.981 | 1.163 | 2.734 | 5.878 | 3.157 |
| Baden-Württemberg | 5.998 | 3.648 | 8.162 | 17.808 | 2.928 |
| Bayern | 6.951 | 4.148 | 9.538 | 20.637 | 2.671 |
| Saarland | 477 | 262 | 647 | 1.386 | 3.204 |
| Berlin | 1.294 | 670 | 1.895 | 3.858 | 1.904 |
| Brandenburg | 1.348 | 761 | 1.892 | 4.001 | 3.823 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 896 | 502 | 1.262 | 2.660 | 3.955 |
| Sachsen | 2.833 | 1.607 | 3.937 | 8.377 | 3.993 |
| Sachsen-Anhalt | 1.225 | 688 | 1.723 | 3.635 | 4.161 |
| Thüringen | 1.390 | 794 | 1.944 | 4.129 | 4.254 |

Im Vergleich zur vorherigen Auswertung aus dem Jahr 2023 haben sich die Kosten der Tarifflicht insgesamt von damals 130 Milliarden Euro auf nun 123 Milliarden Euro leicht verringert. Zurückzuführen ist dies u. a. auf zaghafte und in einigen Bundesländern vorzufindende Erhöhung der Tarifbindung, wenngleich diese auf niedrigem Niveau stattfand. Dennoch zeigen die Zahlen eindrucksvoll, dass die Schäden aufgrund von Lohn-dumping und Tarifflicht hierzulande von erheblichem Ausmaß sind.

Die Politik muss endlich handeln!

Für uns ist klar: Diese Entwicklung wollen und dürfen wir nicht länger hinnehmen, wenn wir unser Sozial- und Wirtschaftsmodell erhalten wollen. Wir brauchen mehr Tarifverträge in der Fläche, im Unternehmen und im Betrieb.

Die Bundesregierung hat sich für die laufende Legislatur in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet, für mehr Tarifbindung und Tarifier Anwendung zu sorgen:

- mit einem Bundestariftreuegesetz, nach dem öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden sollen, die Tarifverträge anwenden,
- mit einer verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen
- durch ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften in den Betrieben.

Diese Punkte müssen jetzt endlich auch auf den Weg gebracht werden. Zusätzlich zu den bisherigen Plänen der Bundesregierung brauchen wir weitere gesetzliche Regelungen – beispielsweise um Tarifverträge besser für alle Unternehmen allgemeinverbindlich zu machen. Zudem braucht es neue Regeln für die Fortgeltung von Tarifverträgen bei Betriebsausgliederungen.

Die EU-Mindestlohn-Richtlinie sieht vor, dass Mitgliedsstaaten, in denen die Tarifbindung unter 80 Prozent liegt, nationale Aktionspläne zur Stärkung der Tarifbindung vorlegen müssen. Die Bundesregierung hat bis Ende dieses Jahres Zeit, diese Richtlinie in deutsches Recht umzusetzen.

Info-Box zu Hintergründen und Berechnungen

Was ist Ziel und Hintergrund der Auswertung?

Mangelnde Tarifbindung kommt die Allgemeinheit teuer zu stehen! Tarifbeschäftigte haben höhere Einkommen als Nichttarifbeschäftigte. Geringere Einkommen bedeuten zugleich weniger Einzahlungen in die Sozialversicherungen (Arbeitslosen-, Renten-, Krankenversicherung), weniger Steuereinnahmen (Einkommensteuer) und weniger Netto bei den Beschäftigten. Wir haben berechnet, wie hoch diese Kosten sind.

Auf welcher Datenbasis?

Für die aktuelle Auswertung haben wir exklusives Datenmaterial der Verdiensterhebung (VE) des Statistischen Bundesamtes erhalten. Die Daten zeigen die Anzahl der nach Tarif bezahlten und nicht nach Tarif bezahlten Beschäftigten und deren Verdienste, sowohl bei Vollzeit- als auch Teilzeitbeschäftigung, pro Bundesland. Das zugrundeliegende Datenmaterial wurde als Sonderauswertung nur dem DGB zur Verfügung gestellt. Referenzzeitpunkt der Datenerhebung ist April 2024. Die eigentlichen Berechnungen erfolgten dann durch den DGB.

Welche Grundannahmen wurden getroffen?

Wir untersuchen, wie hoch die Mehreinnahmen bei Einkommensteuern und Sozialabgaben bei einer „100% Tarifbindung“ ausfallen würden. Dabei gehen wir davon aus, dass durchschnittlich nicht tarifgebundene Beschäftigte den/das gleichen Lohn/Gehalt erhalten (würden) wie die durchschnittlich tarifgebundenen Beschäftigten (differenziert nach Voll- und Teilzeit und im jeweiligen Bundesland).

Berechnungsweg

Um den Vergleich zum Status quo herstellen zu können, haben wir mithilfe eines Steuerrechners berechnet, wie hoch die individuellen Beiträge einerseits der tarifgebundenen und andererseits der nicht tarifgebundenen Beschäftigten zu den Sozialversicherungen und zur Einkommensteuer sind und wie hoch der Nettolohn ist.

Die Ergebnisse wurden dann über alle Beschäftigten addiert. Unter Annahme, dass alle Beschäftigten nach Tarif bezahlt werden, wurden dann die gesamten Sozialversicherungseinzahlungen, Steuereinnahmen und das Gesamt-Netto berechnet und mit der vorherigen Situation verglichen.

Weitere Annahmen

Bei der Berechnung der Mehreinnahmen bei Einkommensteuer und Sozialversicherung wurde berücksichtigt, wie sich die Beschäftigten nach der Einkommensteuerstatistik auf die jeweiligen Steuerklassen (I-V) verteilen, um möglichst realistische Zahlen zu gewinnen: etwa 51% in Steuerklasse 1, 2% in Steuerklasse 2, 23% in Steuerklasse 3, 15% in Steuerklasse 4, 9% in Steuerklasse 5 (gemäß der Steuerklassenverteilung, Quelle: BMF).

Zusätzliche Annahmen:

1 Kinderfreibetrag, keine Kirchensteuer, ohne geringfügige Beschäftigung